

Brühler Zeitung

Brühler Sozialanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Wfg. (Kleinanzeigen 50 Wfg. Offertengeld und Auskunftsgebühr 50 Wfg. Bei anstandsloser Bezahlung oder Kontokorrent ist jeder Rabatt einräumig. Nachdruckverbot ohne schriftliche Genehmigung. - Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 * Fernsprecher 21 08.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 Wfg. einl. Trägerlohn.

Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. - Störungen infolge höherer Gewalt rechtfertigen keine Ersparnisse.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 173

Dienstag 26. Juli 1932

35. Jahrgang

Macht Schluß mit politischem Mord!

Die „unschuldigen“ Nationalsozialisten - Eine empörende Bluttat in Köln - Der Täter ein Freund Dr. Lens aus der Weinstraße Deis. - Weitere Bluttaten der Radikalen im Rheinland.

Politischer Mord in Köln.

Köln, 26. Juli. Heute früh gegen 1.30 Uhr kam es auf dem Neumarkt in Köln zu einer Anrennpelung zwischen politischen Gegnern. Acht junge Leute, die zum Teil parteilos waren und sich über politische Tagesfragen unterhielten, wurden plötzlich von den Nationalsozialisten unvermittelt angegriffen. Nach kurzem Wortwechsel fiel plötzlich ein Schuß, dem ein junger parteiloser Mann zum Opfer fiel. Der Verunglückte wurde sterbend in das Bürgerhospital eingeliefert, wo er kurz darauf seinen Verletzungen erlag. Der Tat dringend verdächtig ist der aus der Schlägerei im Kölner Weinhaus Deis bekannte Nationalsozialist Fuchs, der kurz nach der Tat auf der Flucht zu dem Kölner Brauhaus, welches unmittelbar von dem Schauplatz liegt, verhaftet wurde. Das Ueberfallkommando nahm auch die übrigen an der Anrennpelung Beteiligten fest.

(Herr von Papen, Herr von Gahr! Glauben Sie noch immer, daß politische Gewalttaten nur von Kommunisten begangen werden?)

Blutige Zusammenstöße in Koblenz.

Koblenz, 26. Juli. Zwischen uniformierten Nationalsozialisten und Andersgesinnten kam es gestern Abend zu schweren Schlägereien. Dabei wurde ein Parteilofer durch drei Stiche in den Kopf verletzt. Das Ueberfallkommando säuberte die betreffenden Straßenzüge. Beim Abziehen stieß das Kommando auf einen anrückenden Trupp uniformierter Nationalsozialisten. Die Polizei nahm die Nationalsozialisten fest, bei denen zwei scharfgeladene Trommelrevolver, eine Pistole, zwei Dolchmesser und eine Stichwaffe gefunden wurden. Die Nationalsozialisten wurden verhaftet.

Zusammenstöße in Düsseldorf.

Düsseldorf, 26. Juli. Wie die Polizeipressestelle mitteilt, kam es in den Abendstunden des Montags an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen politischer Gegner rechts- und linksradikaler Gruppen. Bei einem Zusammenstoß fiel ein Schuß. Polizeibeamte verhafteten mehrere Beteiligte und stellten einen Nationalsozialisten, der mit einer Schusswaffe angetroffen wurde und verdächtig ist, geschossen zu haben, fest. Bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen der Eisernen Front wurden drei Nationalsozialisten und ein Angehöriger der Eisernen Front durch Messerstiche leicht verletzt. Auch hier fiel ein Schuß, der Schütze konnte aber nicht ermittelt werden. Ueberall stellte die Polizei sofort die Ordnung wieder her.

Blutige Auseinandersetzung in Trier.

Trier, 25. Juli. Zwei mit Fahrrädern auf einer Streife befindliche Polizeibeamte in Trier wurden in der vergangenen Nacht von vier Männern, die sich hinter Bäumen versteckt hielten, mit Rufen: Halt! Rot Front, Heil Moskau! empfangen. Es kam zu einer Auseinandersetzung. Einer der Beamten, der mit einer Pistole bedroht wurde, streckte den Angreifer durch einen

Kopfschuß nieder. Der Erschossene ist der Sohn eines ehemaligen kommunistischen Stadivertreters.

Nationalsozialistischer Blatthalber erschossen.

Jülich, 25. Juli. Am Sonntag morgen stieß in Jülich eine nationalsozialistische Abletzone mit einem Trupp Kommunisten zusammen. Hierbei wurde der SS-Mann Waldmann, ein ehemaliger Lehrer, der jetzt in Aachen tätig ist, erschossen. Der tödliche Schuß drang dem SS-Mann unter dem rechten Auge in den Kopf ein. Er starb am Sonntag nachmittag an seiner schweren Verletzung. Von dem Täter, der bekannt sein soll, hat die Polizei noch keine Spur.

Nationalsozialisten schlagen einen Vater nieder.

Köln, 23. Juli. Ein heftiger Ueberfall ereignete sich in den gestrigen Nachmittagsstunden im Kreise Köln auf offener Landstraße zwischen den Ortschaften Boban-Cetel und Birken. Ein Lastkraftwagen mit über hundert Nationalsozialisten fuhr in der Richtung nach Reiffen, wo am Abend Adolf Hitler selbst in einer Rundgebung der NSDAP sprach. Die Nazis auf dem Lastkraftwagen waren sehr aufgeregt und offenbar zu besonderen Heldentaten „aufgelegt“. Als sich der Wagen zwischen den beiden Ortschaften befand, bemerkten die Hitlerjungen einen Vater, der in der gleichen Richtung auf dem Rade fuhr. In dem Augenblick, als sie an ihm vorbeifuhren, hieb einer der Burichen wild auf den Vater los, so daß er, von mehreren Stößen getroffen, vom Rade stürzte. Unter Beschimpfungen rasteten die feigen Raddbys dann weiter.

Der Ueberfallene - Vater Mocha aus Brasilien, der zur Zeit in Oberschlesien auf Besuch weilte - verlor sich nach einigen Minuten trotz lebhafter Schmerzen aufzurichten und fuhr, so schnell er konnte, den Burichen nach, um sie vielleicht irgendwo stellen zu lassen. Er kam an einer Stelle dann ziemlich nahe an den Kraftwagen mit den Nazis heran. Als dieselben ihn erblickten, riefen sie ihrem Kraftwagenführer zu, er solle jetzt schnell fahren, sonst hole sie der Vater noch ein. Das Auto mit den gemeinen Begleitern entkam dann, ohne daß man der Burichen habhaft werden konnte.

Der Vater meldete den unerhörten Ueberfall sofort der zuständigen Behörde, die weitere Ermittlungen einleitete. Die Untersuchung hat bereits ergeben, um welche Naziabteilung es sich handelte. Die Znfassen des letzteren werden dem Ueberfallenen gegenübergestellt werden. Es dürfte für den Vater zwar schwierig sein, aus den

hundert Mann den Angreifer festzustellen. Nach den Erfahrungen in ähnlichen Fällen ist leider auch nicht damit zu rechnen, daß sich der Schuldige selbst zu seiner Tat bekennt. Der überfallene Vater hat sich in keiner Weise irgendwie politisch betätigt oder auch nur im Gespräch über die NSDAP abfällig geäußert.

Die Entrüstung über den Vorfall ist in katholischen Oberschlesien groß. Der unerhörte gemeine Ueberfall und die schweren Mißhandlungen eines katholischen Ordensmannes durch diese frechen Nazijünglinge verbietet die schärfste Verurteilung und Brandmarkung aller anständigen denkenden Menschen. Das ist die Frucht der Nazihetze gegen die Geistlichkeit.

Polizei aus Säulern beschossen.

Berlin, 25. Juli. (Eig. Meld.) In der Raunh-Strasse kam es heute Abend zu schweren Ausschreitungen der Kommunisten gegen die Polizei. In einem Hause der Raunh-Strasse erregte eine Hakenkreuzfahne den Unwillen der Kommunisten. Sie sammelten sich vor dem Hause, um die Fahne zu beseitigen. Noch ehe sie in das Haus eindringen konnten, erschienen Schutzpolizei. Als die Polizei im Begriffe war, die Straße zu räumen, wurde sie aus den Säulern beschossen und beworfen. Die Polizei erwiderte das Feuer und stellte die Ruhe wieder her. Bald darauf wurde eine Frau in ihrer Wohnung in der Raunh-Strasse mit einem Kopfschuß schwer verletzt aufgefunden.

Die Vorgänge von Altona.

Altona, 23. Juli. Im Ermittlungsverfahren wegen der blutigen Vorgänge in Altona sind die Vernehmungen der vorgeführten Personen abgeschlossen. Gegen 71 Beteiligte wurde richterlicher Haftbefehl erlassen. Die übrigen 21 Personen wurden wegen mangelnden Tatverdachts freigelassen. Die neueren Feststellungen, insbesondere die heute früh erfolgte Disziplinierung durch Vertreter des Gerichtes und der Staatsanwaltschaft lassen es fast als sicher erscheinen, daß es sich um planmäßige Angriffe gehandelt hat. Die Staatsanwaltschaft wird in Kürze Antrag auf gerichtliche Voruntersuchung stellen. Wo dafür die Voraussetzungen nicht gegeben sind, wird das Schnellgerichtsverfahren eingesetzt. Bereits am Donnerstag wird sich ein Steinseher Schuß aus Hamburg wegen Landfriedensbruchs vor dem Schnellrichter zu verantworten haben.

Ein deutscher Dampfer gesunken.

Wismar, 25. Juli. Der in Hamburg beheimatete Dampfer „Renate“ ist heute früh unweit des Fischerdorfes Hallshut auf Gotland gesunken. Wahrscheinlich war er mit einem Brack kollidiert. Der Kapitän und die neunköpfige Besatzung konnten sich an Land retten.

Wahlschwindel.

26. Juli 1932.

Geradezu phantastisch ist es, was man zur Zeit in der nationalsozialistischen Presse an Zahlenrausch erlebt. Da rappelt es nur so von Hunderttausenden, die dem „Führer“ zuzubeln. Der Zived ist klar. Man will die Wählerkraft in einen sich hysterisch überhebenden Zahlenrausch versetzen, um sie einzufangen. Darum kommt es gar nicht darauf an, wie es wirklich war. Schon als Goebbels auf der Kölner Stadtbahn am 14. Juli gesprochen hatte, wußte der Westdeutsche Beobachter von 20 000 Besuchern zu reden. Der amtliche Wolff-Dienst, dem man neuerdings - eben infolge seiner offiziellen Stellung - sicher keine Regierungs- oder Hitlerfeindschaft vorwerfen kann, berichtete von 3000 Zuhörern. Auch der Conti-Nachrichtendienst hatte etwa 3000 gezählt. Die Rheinische Ztg. erklärte auf das allerbestimmteste, daß die Zahl 4500 keinesfalls überschritten wurde. Über der W. B. blieb bei 20 000. Und die Gläubigen des Dritten Reiches, die alles, was im W. B. erscheint, als Evangelium annehmen, erklären einfach alles andere für Lüge.

Der gleiche Dr. Goebbels sprach auch in Bonn. Dort hatte man für diesen Zweck ein Zelt errichtet. Die Polizei, die für ihre Sicherheitsmaßnahmen genaue Messungen vornahm, berechnete die höchste Aufstellungskraft dieses Zeltes auf 6000. Prompt meldete am nächsten Tag der W. B. 12 000 Besucher. Da die Nationalsozialisten weniger auf eine vernünftige, sachliche Kopfarbeit in der Politik Wert legen als auf das „Marschieren“, wäre es immerhin möglich, daß sie statt der Köpfe die Beine gezählt und dann Beine gleich Mann gezählt hätten. Das würde die sonst etwas mysteriöse Differenz mühelos auflösen.

Sonntag sprach Hitler in Wuppertal. Das dortige Stadion faßt höchstens 40 000 Mann auf den Rängen und 30 000 Mann im Innenraum. Wenn also alles bis zum äußersten gefüllt gewesen wäre, hätte sich die immerhin stattliche Zahl von 70 000 ergeben. Aber was soll diese Lappalie großen Geistes? Unter 100 000 darf es doch nicht abgehen, wo „Er“ spricht. Und da man die Zahl anderswo schon gebraucht hatte, griff man eben „ein wenig“ höher und schrieb 120 000. Ist das nicht herrlich? Was macht es dagegen aus, wenn Brüning einmal vor 40 000 Zuhörern spricht wie in Dortmund? Mag diese Zahl immerhin wahr sein, 120 000 klingt doch ganz anders. Das ist doch gleich das Dreifache.

Einige weitere Beispiele entnimmt gestern Abend das Kölner Tageblatt aus einer Berliner Montagszeitung. Es heißt da u. a. Es ergeben sich geradezu groteske Verhältnisse. So ist angegeben worden, daß in Löwen 20 000, in Driesburg 25 000, in Osterode 20 000, in Riesenburg 20 000, also insgesamt 85 000 Besucher zusammengeströmt waren. Die Angaben macht der Völkische Beobachter und berechnet insgesamt 85 000 Besucher für die vier Veranstaltungsorte. Auf der ersten Seite seiner Zeitung erklärt er aber, 100 000 seien es in den vier Orten gewesen, die zu den Hitlerversammlungen gekommen wären. Also werden schon einmal 15 000 ohne weiteres zugelegt. Daß die anderen Zahlen aber keineswegs richtig sind, ergibt sich daraus, daß von absolut objektiver Seite für die Löwener Versammlung 5000 Besucher anstatt der von nationalsozialistischer Seite angegebenen 20 000 gezählt wurden. In Riesenburg wurden 3000 Zuhörer festgestellt, während der Völkische Beobachter von 20 000 berichtet.

Geradezu grotesk ist es, wenn der Völk. Beobachter von einer Versammlung in Schneidemühl erzählt, vor 40 000 habe „Er“ gesprochen. Auf der Innenseite des Blattes sind aus dieser 40 000 plötzlich 25 000 geworden, ohne daß den Redakteuren auffiel, wie sehr sie sich blamierten. Nach von anderer Seite vorliegenden zuverlässigen Zahlen waren 7000 Personen in Schneidemühl zusammengekommen.

Wozu diese Uebertreibungen? Man merkt selbst, daß man immer im Superlativ geredet hat und jetzt nicht mehr höher kann. Die auf solche Methode gewordenen Anhänger aber wollen weitere Steigerungen se-

Wählt die Partei der Ordnung!!

Die Deutsche Zentrumspartei.

Weg mit Bruderkrieg und politischen Experimenten.

Zurück zu Brünnig! Wählt Liste 4!

den. So kommt man dann zu solchen Ueberlegungen. Aber das ist zum großen Teil innere Unsicherheit.

Zum Beweise sei nach der oben schon zitierten Quelle noch folgender Fall angeführt:

Bei einer Zentral-Betriebszellenkundgebung im Sportpalast in Berlin war die Halle nur halb gefüllt, während bei einer Wahlkundgebung der NSDAP, Sektion Königsgras, in den Kammersälen in Berlin der Saal halb leer war. Selbst

die nationalsozialistischen Veranstalter erklärten:

„Der etwa 350 Personen fassende Saal ist nicht besetzt...“ (Aus der Rede des Referenten.) „Vor allen Dingen darf keine Wahlmündigkeit jetzt eintreten. Wenn ich an früher denke, so waren bei Wahlkundgebungen die Säle schon 1-2 Stunden vor Anfang gefüllt.“

Ja, ja. Die Erkenntnis dämmert eben, daß mit hemmungsloser Sprache nichts gewonnen ist.

Vorsichtige Haltung des Staatsgerichts.

Es lehnt eine einstweilige Verfügung ab, betont aber ausdrücklich, daß es zur Sache selbst noch keine Entscheidung treffe.

Einstweilige Verfügung abgelehnt.

WV. Leipzig, 25. Juli. In der Streitsache zwischen Preußen und dem Deutschen Reich verkündete heute mittag 13.10 Uhr der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich als Entscheidung, daß die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung abgewiesen werden.

Diese Entscheidung ist natürlich noch kein Urteil in der Sache selbst. Das Gericht hat nur abgelehnt, durch eine einstweilige Verfügung in das Geschehen einzugreifen und dieses aufzuhalten. Es hat geglaubt, daß ihm dazu die rechtlichen Voraussetzungen fehlen. Ueber die Frage selbst, das das Vorgehen des Reiches sich mit der Verfassung vereinbaren läßt, ist noch keine Entscheidung gefallen. Hierüber muß noch gefordert verhandelt werden.

Aus der Begründung.

Leipzig, 25. Juli. Zur Begründung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes führte der Vorsitzende u. a. aus:

Daß der Staatsgerichtshof grundsätzlich für sich die Befugnis in Anspruch nimmt, im Laufe eines Verfahrens vorläufige Anordnungen zu treffen, ist wiederholt ausgesprochen worden. An dieser Auffassung hält der Staatsgerichtshof fest. Ueber die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung kann der Staatsgerichtshof aber nur dann entscheiden, wenn und insoweit er für die Streitigkeiten, um die es sich bei dem Verfahren in der Hauptsache handelt, zuständig ist. Diese Frage der Zuständigkeit für die Hauptsache ist von Amts wegen zu prüfen. Weiter wird festgestellt, daß die antragstellenden preussischen Staatsminister in dem gegenwärtigen Streit das Land Preußen zu vertreten berechtigt sind. Allerdings seien sie ihres Amtes oder wenigstens ihrer Amtsfunktionen enthoben. Diese Entscheidung aber sei erfolgt in Durchführung der Verordnung vom 20. Juli 1932, deren Rechtsgültigkeit im vorliegenden Verfahren zu klären sei.

Der Staatsgerichtshof habe, heißt es weiter, in seiner bisherigen Rechtsprechung die Auffassung vertreten, daß eine von ihm zu erlassende einstweilige Verfügung die endgültige Entscheidung nicht vorwegnehmen darf, da sie insbesondere nicht auf der Grundlage ergehen kann, daß der Staatsgerichtshof sich den Rechtsstandpunkt des einen oder des anderen streitenden Teiles zu eigen macht.

Das Ziel einer solchen vorübergehenden Regelung sei, ein möglichst vereinfachtes, reibungsloses, die Belange beider Teile schonendes Verhältnis ihrer wechselseitigen Beziehungen bis zur Endentscheidung herbeizuführen. Angesichts dieses Zweckes einer einstweiligen Verfügung erscheint es nicht angängig, die von Preußen begehrte Verfügung entsprechend dem in der mündlichen Verhandlung neu formulierten Antrag zu erlassen.

Prüfe man diesen Antrag zunächst in seinen Einzelheiten, so könne kein Zweifel darüber bestehen, daß er darauf hinausläuft, die Regierungsgewalt in Preußen solle vorläufig zwischen dem Reichskommissar und den bisherigen Ministern geteilt werden. Die mündliche Verhandlung habe erst recht keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine Teilung der Regierungsgewalt zwischen dem Reichskommissar und den jetzt klandestinen preussischen Ministern der Sinn des Antrages sei. Das sehe mit besonderer Klarheit aus der Ziffer 3 hervor, die die Vertretung Preußens im Reichsrat den jetzt klandestinen Ministern beilegen wolle. Sie treibe also an, die Gewalt des Reichskommissars wesentlich zu beschränken. Ebenso habe Ziffer 4 des Antrages wohl den Sinn, daß Beamtenernennungen und Absetzungen nicht nur dem Reichskommissar entzogen, sondern auch den früheren Ministern beilegen bleiben sollen.

Eine Prüfung der Frage, ob die begehrte Regelung geeignet sei, die von den Antragstellern beklagten Reibungen und Schwierigkeiten zu verringern, müsse ergeben, daß dieser Erfolg nicht zu erwarten ist, vielmehr eine solche Scheidung der Staatsgewalt in besonderer Weise geeignet sei, Verwirrung im Staatsleben herbeizuführen. Auch der Vertreter der Reichsregierung habe darauf hingewiesen, daß eine solche Aufteilung der Staatsgewalt nach Auffassung der Reichsregierung eine unerträgliche Lage herbeiführen würde. Der Staatsgerichtshof hat sich dann aber, wie auch in früheren Fällen, die Frage vorgelegt, ob er seinerseits irgendeinen Weg erkennen könne, um den von den Antragstellern vorgebrachten Beschwerden abzuhelfen, ohne der Entscheidung in der Hauptsache vorzugreifen. Er vermag jedoch einen solchen Weg nicht zu sehen.

Gegenüber den Anträgen des Zentrums und der SPD habe sich das Gericht vor der recht schwierigen Frage gesehen, ob diese beiden aktiv legitimiert sind, als Antragsteller aufzutreten. Es habe zu dieser Frage keine Stellung genommen. Es will die Entscheidung hierüber der Entscheidung zur Hauptsache vorbehalten, denn dieser Antrag der Fraktionen läuft darauf hinaus, die Anordnung der Verordnung vom 20. Juli in ihrem wesentlichen Teil zu lähmen. Der Reichskommissar soll sich nach dem Antrage jeder Tätigkeit enthalten. Einen so weit gefassten Antrag im Wege der einstweiligen Verfügung anzunehmen, würde aber gleichbedeutend sein mit einer Entscheidung in der Hauptsache.

Gerade weil der Staatsgerichtshof sich außerstande gesehen hat, dem Verlangen einer vorläufigen Regelung zu entsprechen, legt er besonderes Gewicht darauf, daß das Verfahren in der Hauptsache mit möglichstster Beschleunigung durchgeführt wird, und vertraut darauf, daß das nötige Material ihm mit der Beschleunigung zugeleitet wird, die der Sachlage entspricht. Der Staatsgerichtshof verkennt aber auch nicht, daß auch bei dem besten Willen aller eine Entscheidung in der Hauptsache eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen muß. Wie lange der Zeitraum zu bemessen ist, so fuhr Präsident Bumke fort, vermag ich nicht zu sagen. Ich muß aber auf die Möglichkeit hinweisen, daß sich die Notwendigkeit ergibt, bestrittene Behauptungen tatsächlicher Art nachzuprüfen, selbst Ermittlungen anzustellen und selbst Beweise zu erheben. Ich hebe das hervor, um vor dem Glauben zu warnen, daß die Entscheidung nur eine Frage von Tagen sein könne. Das verwehrt sowohl die Art der Sache, wie auch die Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes, an die er gebunden ist.

Von den Antragstellern war nur Ministerialdirektor Dr. Badt zugegen, vom Reich niemand.

„Man wird jetzt auf der Rechten versuchen, diese Entscheidung als eine grundsätzliche über die Streitsfrage hinzustellen. Das wird aber in der Begründung des Staatsgerichtshofes ausdrücklich abgelehnt. Gerade weil er nicht in die Sache selbst jetzt schon eingreifen wollte, lehnte der Gerichtshof eine einstweilige Verfügung ab. Treffend zeichnet die „Germania“ die Situation indem sie schreibt, daß niemand Veranlassung habe, ob dieses Richterspruches politische Siegeshymnen anzustimmen. Der Staatsgerichtshof habe sich in der sehr kritischen Lage, in die gerade er als Hüter des Verfassungsrechts durch die fähigen Experimente der Reichsregierung hineinmanövriert worden sei, zunächst auf das Gebiet der rein formal-juristischen Erörterungen zurückgezogen. Er habe die Auffassung vertreten, daß eine einstweilige Verfügung, die auf eine Teilung der Gewalt zwischen dem Reichskommissar und den früheren preussischen Ministern hinausläufe, die Reibungen und Schwierigkeiten nicht nur verringern, sondern die Verwirrung selbst bedeuten würde. Diese Begründung scheint, dem Blatt zufolge, für das Reich alles andere denn schmeichelhaft.“

Politisches Komödienspiel?

Tagung des Ueberwachungsausschusses ohne die Rechte — Angenommene Anträge — Herr von Gahl äußert seine Ansicht.

Ueberwachungsausschuss des Reichstages

Berlin, 25. Juli. Zu der Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages, die um 14 Uhr begann, waren die Vertreter der Deutschnationalen, Nationalsozialisten, der Deutschen Volkspartei und des Landvolks nicht erschienen, ebenso nicht die Wirtschaftspartei. Dagegen nahm Abg. von Lindener-Wildau (Konservativ) an der Sitzung teil. Die drei Vertreter der Reichsregierung, Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher und Reichsinnenminister von Gahl, deren Anwesenheit der Ausschuss gewünscht hatte, waren pünktlich zur Stelle.

Auf der Tagesordnung standen zunächst die Anträge zu den Notverordnungen vom 20. Juli 1932 über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen und über den Ausnahmezustand. Der Zentrumsantrag verlangt die Aufhebung beider Notverordnungen. Ein Antrag der Kommunisten fordert die Zurückziehung des Reichskommissars für Preußen und der kommunistischen preussischen Regierung, die Aufhebung des Belagerungszustandes usw. Der sozialdemokratische Antrag schließlich verlangt die Aufkündigung der beiden Notverordnungen vom 20. Juli, stimmt also inhaltlich mit dem Zentrumsantrag überein.

Zunächst begründete Abg. Dr. Breitfeld (Soz.) die Anträge seiner Partei.

Abg. Dr. Wegmann (Z.) vertrat den Standpunkt, daß der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung nicht das Recht habe, mit sofortiger Wirkung die Aufhebung der Notverordnungen zu verlangen. Daher könnten die vorliegenden Zentrumsanträge nur den Sinn haben, aus rechtlichen und politischen Gründen das Verlangen an die Reichsregierung zu stellen, die Notverordnungen auf dem ihr möglichen Wege sofort außer Kraft zu setzen. Wenn tatsächlich nachgewiesen werden könne, daß hohe Funktionen der preussischen Staatsregierung mit den Kommunisten in Verbindung standen hätten, um politische

Komplote zu schmieden, dann wäre das Zentrum die erste Partei, die eine sofortige Abberufung solcher Leute verlange.

Abg. Ullrich (K) polemisierte gegen die Sozialdemokraten, die sich seiner Ansicht nach als Diener der Papen-Regierung erwiesen, indem sie den gewalttätigen Kampf der Arbeiterpartei und den Generalfreikampf gegen die Reichsregierung verhinderten.

Nachdem Reichskanzler von Papen auf verschiedene Bemerkungen der Redner kurz geantwortet hatte, erklärte Reichsinnenminister des Innern Frhr. von Gahl: Der Ausschuss für die Wahrung der Rechte der Volksvertretung ist weder ein Organ des aufgelösten Reichstages noch ein Organ des künftigen Reichstages, sondern ein selbständiges, von der Verfassung eingesetztes Zwischenorgan zwischen zwei Wahlperioden. Er tritt keinesfalls als eine Art Ersatztagung an die Stelle des aufgelösten Reichstages. Er ist nach Artikel 35 der Reichsverfassung zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung berufen, nicht etwa zur „Wahrnehmung“ dieser Rechte. Ein Anteil an der vollziehenden Gewalt steht ihm nicht zu, ebenso wenig etwa eine Aufsicht über die Reichsregierung. Letztere ist ihm nicht verantwortlich.

Abg. Ersing (Z.) bedauerte, daß die Reichsregierung eine sachliche Beratung hier ablehne. Welche Kreise des friedliebenden deutschen Volkes hätten erwartet, von dem Reichskanzler zu hören, welche Maßnahmen er ergreifen wolle, um die Bürgerkriegsmethode der Rechten und der Linken zu verhindern. Werde die Reichswehr auch gegen die Nationalsozialisten vorgehen, wenn die Nationalsozialisten, wie sie immer wieder andeuten, sich eines Tages mit Gewalt in den Besitz der Macht zu setzen versuchen wollten? (Reichsminister von Schleicher ruft: „Selbstverständlich“.)

Reichskanzler von Papen wiederholte, daß die Reichsregierung jede Ausdehnung, gleichgültig von welcher Seite sie komme, verurteile.

Abg. Wegmann (Z.) legte gegen die

Auffassung der Reichsregierung über die Rechte des Ausschusses Protest ein.

Reichswehrminister von Schleicher brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die Reichswehr in die Ereignisse der letzten Tage hineingezogen werden mußte. Mit aller Deutlichkeit erklärte der Reichswehrminister, daß es die Wehrmacht niemals zulassen werde, mit irgendeinem and, wer auch immer es sei, die ihr zugewiesenen verfassungsmäßigen Rechte zu teilen und daß sie gegen diejenigen vorgehen werde, die sich ähnliche Funktionen anmaßen sollten.

In der Abstimmung erklärte Abg. Dr. Wegmann (Z.), daß er und seine Freunde sich bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag der Stimme enthalten werden, da die Frage der Zuständigkeit des Ausschusses über die Wirkung dieses Antrages umstritten sei. Darauf wurde bei Stimmhaltung des Zentrums einstimmig der sozialdemokratische Antrag angenommen. Abg. von Lindener-Wildau (Konservativ) war bei dieser Abstimmung nicht mehr anwesend.

Der Zentrumsantrag, der die Aufhebung dieser beiden Notverordnungen verlangt, wurde gleichfalls einstimmig angenommen. Bei Stimmhaltung der Zentrumsabgeordneten wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach von der Reichsregierung verlangt wird, die Notverordnungen vom 28. Juni und 14. Juni 1932 gegen politische Ausdehnungen außer Kraft zu setzen.

Ein Zentrumsantrag, der die Aufhebung dieser beiden Notverordnungen verlangt, wurde ebenfalls, und zwar einstimmig, angenommen.

Einstimmig angenommen wurde auch ein Zentrumsantrag, der die Reichsregierung ersucht, angesichts der zunehmenden Verrohung und Verwilderung des politischen Kampfes die Wahlfreiheit für die am 31. Juli 1932 anstehende Reichstagswahl unbedingt und nach jeder Richtung zu sichern. Um das zu erreichen, wird die Reichsregierung insbesondere aufgefordert, sofort ein allgemeines Verbot für Parteiuniformen zu erlassen, eventuell für den Wahltag selbst und den Tag vor dem Wahltag.

Es folgte dann die Beratung der Anträge, die die Aufhebung der wirtschaftlichen Notverordnungen verlangten. Auf eine Anfrage erklärte Reichskanzler von Papen, daß die Reichsregierung selbstverständlich die vom Zentrum und der Bayerischen Volkspartei eingebrachten Anträge einer sorgfältigen Prüfung unterziehen und nach Durcharbeitung des gesamten Fragenkomplexes zu gegebener Zeit nähere Auskunft darüber geben werden. Die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten, die Notverordnung über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung außer Kraft zu setzen, wurden angenommen, ebenso ein Zentrumsantrag, der die Reichsregierung ersucht, die in der Notverordnung enthaltenen schweren Härten und sozialen Ungerechtigkeiten sofort zu beseitigen und das von der Regierung Brünning fertig vorbereitete große Siedlungsprogramm unverzüglich durchzuführen.

Die Erledigung der weiteren Tagesordnung wurde zurückgestellt.

Der Vorsitzende erklärte, daß mit der heutigen Tagung die Arbeiten des Ausschusses nicht beendet seien. Die Mitglieder mühten sich jeden Tag und jede Stunde beizubehalten, telegraphisch zusammenberufen zu werden, da der Ausschuss gewissermaßen in Permanenz tagte. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß der Ausschuss vor den Wahlen noch einmal zusammentritt.

Deutschland auf der Interparlamentarischen Union.

Genf, 25. Juli. In der heutigen Sitzung der Interparlamentarischen Union nahm die deutsche Delegierte Frau Reichstagsabg. Leusch in bemerkenswerten kritischen Ausführungen zu der Abrüstung und Sicherheitsfrage Stellung.

Die Entschließung des Hauptausschusses könne von dem deutschen Volke nicht als eine erste Etappe auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung angesehen werden. Zur Herbeiführung der Sicherheit sei nicht nur die allgemeine Abrüstung notwendig, sondern auch der Ausbau des Völkerbundespaktes. Frau Leusch beantragte, in die der Interparlamentarischen Union vorgelegte Entschließung zur Sicherheits- und Abrüstungsfrage einen Passus aufzunehmen, in dem ausdrücklich auf die Artikel 11 und 19 (Revision) des Völkerbundespaktes Bezug genommen wird.

Die italienische Gruppe ist aus der Union ausgetreten.

Rund um den Wahlkampf.

Dr. Brüning in Dortmund und Bochum.

Dortmund, 25. Juli. (Eig. Meld.) Dr. Brüning sprach heute abend in einer Kundgebung der Zentrumsparlei in der dicht gefüllten Westfalenhalle vor etwa 16 000 Menschen. Vor wenigen Monaten so führte Dr. Brüning aus, habe er an derselben Stelle gestanden und sich für die Wiederwahl des Reichspräsidenten eingesetzt. Auch heute gelte sein Kampf der Wiedereinführung der Staatsautorität. Der Redner erklärte, er habe einmal die Absicht gehabt, mit der Regierung zu regieren, die ihm aber im entscheidenden Augenblick die Hilfe verweigerte. Er habe in der Außenpolitik die Wege geebnet, so daß ein Erfolg seiner Regierung in der Reparationsfrage sicher gewesen wäre. Die frühere Regierung hätte es in Lausanne nicht nötig gehabt, nach seiner Formulierung des „Rein“ im Januar dieses Jahres die Reichsverbindlichkeit des Youngplans auszusprechen. Dr. Brüning jagte weiter, daß er die Innenpolitik so eingestellt habe, daß es möglich gewesen wäre, in Preußen ein Kabinett mit der Regierung zu bilden und mit der alten Regierung nach Lausanne zu gehen. Dann hätten Reich und Preußen zusammengefaßt. Der Szenariowechsel in Deutschland sei im ungünstigsten Augenblick erfolgt. Wie der Weg aus dem Dunkel heraus aussehe, wisse heute noch niemand. Es sei unmöglich, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen, wenn man sich in Experimenten politischer Art ergebe. Wenn die Nationalsozialisten in die Regierung gingen, so meinte Dr. Brüning, und viele von ihren Versprechungen aufgeben müßten, würden ihre radikalisierten Anhänger zurückfluten und Anschlag suchen an die radikalisierte Linke. Dann würde das deutsche Bürger-tum einsehen, welchen Fehler es gemacht habe, als es hinter den Nationalsozialisten hergelaufen sei. Dr. Brüning schloß seine Rede: Wir wollen die Autorität des Staates, die auf Freiheit aufgebaut ist. Wir sind bereit, mit allen Teilen der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, die der Ueberzeugung sind, daß das Christentum zu einem verantwortlichen Dienst am deutschen Vaterland auferkoren ist. Wir kämpfen für einen Staat gemäßigter Demokratie. Aber ebenso dürfen wir auch nicht die Hände derer zurückweisen, die große Massen des Volkes vor der Radikalisierung bewahrt haben. Wer das tut, begeht ein Verbrechen an der Zukunft.

Bochum, 25. Juli. (Eig. Meld.) In einer von 40 000 Menschen besuchten Massenkundgebung der Zentrumsparlei im Lust-Stadion sprach Reichskanzler a. D. Dr. Brüning heute abend auch hier. In seiner Rede wandte er sich gegen Pressekommentare über das Ergebnis von Lausanne, in denen verschleiert behauptet worden sei, er trage an dem Ergebnis der Lausanner Konferenz irgend eine Mitverantwortung. Er betonte mit erhobener Stimme, daß er niemals ein Angebot von vier Milliarden gemacht habe, und daß auch niemals ein Vermittler dazu autorisiert worden sei, ein solches Angebot zu machen. Weiter erklärte Dr. Brüning, daß das politische System mit der Lage der Wirtschaft nichts zu tun habe. Dieses politische System sei nicht verantwortlich für die Tatsache, daß viele Führer der Wirtschaft in ihren Maßnahmen die wirklich vorhandene wirtschaftliche Lage nicht richtig eingeschätzt hätten. Das System sei auch nicht dafür verantwortlich, daß es zu einer Panikfrie gekommen sei, und auch nicht dafür, daß die Wirtschaft in den letzten Jahren in eine so schwierige Lage hineingekommen sei. Das Zentrum werde den von ihm eingeschlagenen Weg ohne Rücksicht auf Verleumdung und Verhöhnung von der radikalen Rechten und radikalen Linken weitergehen.

Überall wurde dem ehemaligen Kanzler begeistert Empfang bereitet.

Dr. Wirth in Düsseldorf.

Düsseldorf, 2. Juli. (Eig. Meld.) In einer Wahlkundgebung des Zentrums am Montagabend Reichskanzler a. D. Dr. Wirth u. a. aus: Das Zentrum habe stets in den Reihen der Pioniere gearbeitet, während andere beiseite standen und die Früchte ernteten. Heute, so erklärte Dr. Wirth, sei der Rhein frei. Das Zentrum habe mit seiner Politik die Einheit des Vaterlandes gerettet. Man dürfe aber nicht den Süden gegen den Norden auspielen und mit den Methoden und Drohungen der Nationalsozialisten arbeiten. Den Kampf gegen den Bolschewismus könne man nur an der Stelle zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten aufwerfen. Das Siedlungswort, an dem Brüning gescheitert sei, bedeute nicht den

Agarboltschewismus, sondern eine christliche Verpflichtung. Für die Bereitstellung von Land im Osten für eine Million Menschen müsse eine Volksabstimmung eingeleitet werden. Unter allen Umständen müsse verhindert werden, daß die Heerhaufen von links und rechts übereinander herfallen und die Entwicklung um Jahrzehnte zurückwerfen.

Wir arbeiten für Deutschlands Erneuerung.

Von Prälat Prof. Dr. Georg Schreiber, M. d. R.

Die Opposition, in der wir heute stehen, ist ihrem tiefsten Wesen nach positiv gerichtet. Sie will dem Vaterland dienen. Sie will heraus aus der Enge eines „Konzentrationskabinetts“, das, wie es heute in dem Kabinett Schleicher-Papen vor uns steht, die Herrschaft von Gruppen bedeutet, die sich auf den Degen stützen kann. Wenn wir in der Opposition stehen, liegen wir keineswegs erstarrt und versteinert in einem Schützengraben. Wir beobachten äußerst scharf die Entwicklung. Unser Wesen ist Aktion und unsere Haltung ist Aktivität. Wir bleiben in elastischer Bewegung.

Neue bedenkliche Pläne.

Kabinettsbildung in Sicht — Erlaß für den Kanzler — Wird Herr von Schleicher selbst Kanzler werden? — Staatssozialistische Pläne.

Wir haben schon dieser Tage darauf hingewiesen, daß man von bedenklichen Plänen munkelt, die im Geheimen im Schoß der Regierung gesponnen werden. Da die Gerüchte nicht verkommen wollen, ja noch weitere Ausdehnung erfahren, kann man unmöglich daran vorbeigehen.

So macht die Pressekorrespondenz des „Tatkeises“, der immerhin gute Beziehungen zu den Kreisen der Regierung unterhält, interessante Ausführungen. Herr v. Papen, so heißt es da, könne nach seinem Mißerfolg in Lausanne und vor allem nach der Verfestigung des englisch-französischen Vertrauenspactes nicht mehr länger bleiben. Es liege nahe, daß man in dem Amt des Reichskommissars für Herrn von Papen bereits Ersatz im Falle seines Rücktritts als Kanzler geschaffen habe. Wörtlich wird weiter erklärt:

Mit der Ernennung des Oberbürgermeisters Dr. Bracht zum kommissarischen preussischen Innenminister ist jetzt einer der drei bekannten „Männer im Hintergrund“ hervorgerufen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß ihm Dr. Schacht als bald folgen wird, während Gessler sich wahrscheinlich auch noch weiterhin außerhalb halten wird. Die Ernennung v. Papens zum Reichskommissar stellt sich somit als erster Schritt zur Umbildung des Kabinetts dar, die dann im August mit Erweiterung nach den Nationalsozialisten hin vollendet werden dürfte.

Die genannte Korrespondenz wirft dann die Frage auf, ob Herr v. Schleicher selbst das Amt des Kanzlers übernehmen werde, und sie hält das ebenso wenig für ausgeschlossen, wie neue Bemühungen maßgebender Kreise, den bisherigen Kanzler Dr. Brüning für die Leitung des Auswärtigen Amtes zu gewinnen.

Noch interessanter sind Mitteilungen derselben Korrespondenz über Pläne und Ueberlegungen der Regierung auf wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Gebiet. Die Regierung werde, so heißt es, um eine Reihe von staatssozialistischen Maßnahmen nicht herumkommen, die für das Kabinett in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung sicher nicht tragbar seien. Die Reichswehr werde keinen Anlaß haben, sich einer solchen Entwicklung zu verschließen.

Mit diesen Angaben stimmen überein gewisse Mitteilungen des „Politisch-Gewerkschaftlichen Zeitungsdienstes“, der bekanntlich dem Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband angehört und dessen Behauptungen darum nicht ohne weiteres aus der Luft gegriffen sein werden. Es liege in der Tendenz der Reichsregierung Papen, so schreibt dieses Organ, den privaten Wirtschaftskreisläufen wieder mehr Raum im deutschen Wirtschaftsleben zu verschaffen. Auf der anderen Seite aber sei es notwendig, die Reichsbeteiligung irgendwie zu ordnen und bei gewissen Mitgliedern der Regierung bestünde die Absicht, die großen Gruppen, Banken, Bergbau, Stahlindustrie und Großschiffahrt in staatliches Eigentum zu überführen.

Solche Gedanken hätten ihre Wurzel nach Kenntnis der Korrespondenz vor allem im Reichswehrministerium u. beim Reichswehrminister selbst.

Wir greifen auf der gesamten Linie an, um gegen alle offenen und versteckten Gegner der Grundrechte der Reichsverfassung frontal vorzugehen. Wir sind andererseits eine Zitate, die unerschütterlich inmitten einer irregeleiteten Massenbewegung steht. Wir sind stark, weil wir klare und verantwortungsvolle Ziele haben, das gesamte Volk wieder vorwärts zu bringen. Wir setzen uns nicht bloß für Parlamentsrechte ein, die einer Reform bedürfen. Wir verteidigen unantastbare Freiheitsrechte und Volksrechte, Rechte der Persönlichkeit und der Gemeinschaft, das Lebensgefühl und den Lebensfortschritt einer Nation, die nach innen und außen frei und stark werden will.

Wir arbeiten an einem neuen Deutschland und sind dessen gewiß, daß unsere Mitarbeit bitter notwendig ist, da wir freiherrliche Werte und Kräfte mitbringen. Wir werden somit das nationale Werk Brüning's, die Freiheit nach außen zu erringen und nach innen gegenüber Putzsch und Diktaturgefahren zu bewahren und zu entwickeln, weiterführen. Mit härtestem Bekenntnis, mit größter Geschlossenheit, mit der Mobilisierung aller unserer politischen Kräfte. Daran arbeiten wir. Dafür kämpfen wir. Darum greifen wir an.

Es gilt nicht die Partei, sondern Deutschland!

Diese Mitteilungen sind so sensationell, daß die Regierung eigentlich nicht daran vorbeikommen wird, dazu in irgendeiner Form Stellung zu nehmen. Sie beweisen aufs neue, daß hinter den Kulissen Dinge vor sich gehen, die man nicht aufmerksam genug verfolgen kann.

Armer Rundfunk!

Der arme Rundfunk muß sich in diesen Tagen allerhand gefallen lassen. Der politische Meinungssturm hat jetzt auch von ihm Besitz ergriffen. Am schlimmsten aber ist es, daß der Rundfunk auch noch die Hörer irreführt. Die R. V. schreibt darüber: „Sowohl um 13.15 Uhr als auch um 14 Uhr wurde durch Rundfunk mitgeteilt, daß der Staatsgerichtshof in der Streitsache zwischen dem Lande Preußen und dem Deutschen Reich die Anträge auf Erlassung einer einstweiligen Verfügung abgelehnt habe. Der Anführer des Rundfunks fuhr dann fort, damit sei der Rechtsstreit zugunsten des Reiches entschieden. Die Anträge der früheren preussischen Minister und der Fraktion des Zentrums und der Sozialdemokratie seien damit erledigt.“

Durch solche Rundfunkmitteilungen wird eine Täuschung der Hörer herbeigeführt. Jeder, der die Begründung der Entscheidung des Staatsgerichtshofs liest, wird nicht zu der Auffassung kommen können, daß die Anträge der früheren preussischen Minister und der Fraktionen erledigt seien. Lediglich der Erlaß einer einstweiligen Verfügung ist abgewiesen, und zwar weil, wie es in der Begründung heißt, nach der bisherigen Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs dieser durch eine von ihm zu erlassende einstweilige Verfügung die endgültige Entscheidung nicht vorwegnehmen darf, da sie im besonderen nicht auf der Grundlage ergehen kann, daß der Staatsgerichtshof sich den Rechtsstandpunkt des einen oder des anderen streitenden Teiles zu eigen macht. Das Ziel einer solchen Regelung sei, ein möglichst vereinfachtes, reibungsloses, die Belange beider Teile schonendes Verhältnis ihrer wechselseitigen Beziehung bis zur Entscheidung herbeizuführen.

Unter diesen Umständen kann man die Meldung des Rundfunks, es sei zugunsten des Deutschen Reichs entschieden worden, nur als eine Irreführung der deutschen und ausländischen Rundfunkhörer bezeichnen.

Auch sonst hat das Programm des Rundfunks in letzter Zeit in unsern Kreisen starke Ablehnung erfahren. Es ist mit weitgehenden Abbestellungen zu rechnen, wenn nicht bald eine Änderung eintritt. Wir verzichten hier sehr gerne auf Ostelbiens politische Weissheiten, mit denen uns auch die jetzt so oft beliebte „schneidige“ Marschmusik nicht versöhnen kann.

Kabinetts von Papen will dem „Vertrauenspakt“ beitreten.

Berlin, 25. Juli. Wie die Reichsregierung in der Angelegenheit des sogenannten Vertrauensabkommens auf Grund der von ihr eingegebenen Erklärungen der bri-

tischen Regierung nunmehr mitteilen lassen, daß sie bereit sei, sich gemäß der englisch-französischen Erklärung von 13. d. M. in den eintretenden Fällen an einem offenen Meinungsaustausch über die in der Erklärung erwähnten europäischen Fragen zu beteiligen. Eine entsprechende Mitteilung geht auch der französischen Regierung zu, die inzwischen gleichfalls an die Reichsregierung die Aufforderung zum Beitritt zu der Erklärung gerichtet hat.

Baldige Aufhebung des Ausnahmezustandes?

Berlin, 25. Juli. (Eig. Meld. unv. Berl. Bertr.) Der Reichskanzler hat heute den Mitgliedern des Reichskabinetts eingehend über das Ergebnis der Stuttgarter Besprechungen mit den Ministerpräsidenten der Länder Bericht erstattet. Dabei spielten auch die in Stuttgart getroffenen Vereinbarungen eine Rolle. Einen Beschluß über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes für Berlin und die Provinz Brandenburg hat die Reichsregierung noch nicht gefaßt. Man rechnet aber damit, daß nach der Ablehnung des Antrages auf Erlass einer einstweiligen Verfügung durch den Staatsgerichtshof, der Ausnahmezustand in Bälde, vielleicht schon am Dienstag aufgehoben wird.

Bedeuflame Erklärungen des Senators Borah.

Washington, 23. Juli. Senator Borah hielt heute im Rundfunk eine Ansprache, in der er zur Lausanner Konferenz und zur Kriegsschuldenfrage Stellung nahm. Senator Borah trat u. a. dafür ein, daß dem Lausanner Reparationsübereinkommen eine Weltkonferenz folgen müsse, auf der außer anderen Nachkriegs-problemen auch die Frage der Revision oder Streichung der Kriegsschulden behandelt werden müßte.

Die verjüngte „Entente cordiale“.

WTB Paris, 23. Juli. Die Grefior veröffentlicht heute gleichzeitig mit der Zeitung Racion in Buenos Aires einen Artikel Poincarés, der sich mit dem englisch-französischen Vertrauensabkommen beschäftigt. Es heißt darin:

Das englisch-französische Vertrauensabkommen habe zu den widerspruchsvollsten Kommentaren Anlaß gegeben. Ein großer Teil der englischen Presse habe den Standpunkt eingenommen, daß es sich keineswegs um eine Wiederaufnahme oder Erneuerung der Entente cordiale handle, weil, wie die englische Presse betone, andere Nationen als nur England und Frankreich dem Abkommen bereits beigetreten seien oder beitreten könnten.

Dieser Grund sei bei weitem nicht entscheidend, denn nichts stehe einer Erweiterung und Erneuerung der verjüngten Entente im Wege. Das neue Abkommen eröffne heute die Tür zu einer wirksamen Zusammenarbeit, aber es schließe sich nicht vollkommen ab gegen Mißverständnisse.

Beizulassen sei lediglich, daß die englische und die französische Regierung sich untereinander und mit den anderen Regierungen verständigten, um für eine sorgsame und praktische Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz Sorge zu tragen.

Hauptache sei, daß der anfängliche gute Wille weiter bestünde und daß die englische und die französische Regierung allmählich ihre anfänglichen Absichten verwirklichten. Es handle sich jetzt nicht nur um eine militärische Zusammenarbeit, sondern, wie es auch in dem Abkommen selbst heiße, um die Bemühungen Frankreichs und Englands, ihre Arbeiten zu vereinen, um zur guten Verständigung der Völker in Europa und in der Welt beizutragen, und um die Friedensorganisation vorzubereiten. Das lasse sich weder in einem Tage noch in einem Monat, noch in einem Jahre durchführen. Man müsse Vertrauen haben, daß das Werk beendet werden könne.

Der Prozeß gegen den Mörder des Präsidenten Doumer.

Paris, 25. Juli. Schon morgens herrschte im Pariser Schwurgerichtssaal große Bewegung, denn um 13 Uhr hat der Prozeß gegen Gorguloff, den Mörder des Präsidenten der Republik begonnen. Etwa 100 ausländ. und französische Journalisten sind zum Prozeß erschienen; sonst sind an sich nur Rechtsanwälte in ihrer Amtsrobe, die Zeugen und die Geschworenen in den Sitzungssaal zugelassen. Ein sehr umfangreicher polizeilicher Ordnungsdienst hat Absperungen vorgenommen.

Um 12 Uhr werden von den vielen wartenden Personen fünfzig in den Sitzungssaal eingelassen, um auf diese Weise gemäß dem Gesetz die Öffentlichkeit der Debatte zu wahren. Unter der vor dem Justizpalast wartenden Menge befinden sich zahlreiche Russen. Als Zeugin ist übrigens auch Frau Gorguloff erschienen.

Der praktische Landwirt

Illustrierter Ratgeber
für
Gartenbau u. Kleintierzucht
Land- und Hauswirtschaft

Gefahren des Weideganges.

(Nachdruck verboten.)

So gewiss die Ernährung und Haltung auf der Koppel für alle Haustiere die naturgemäße ist, so ist sie doch nicht ohne Gefahren.

Vorerst nach dem Auftrieb im Frühjahr die Ernährungsmöglichkeit. Bisher standen die Tiere in Isolation, zu warmer Stallluft, jetzt sind sie Wind und Wetter ausgesetzt. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Darum fange man mittags mit dem Weiden an und verlängere das Draußensein stundenweise. — Kommen Milchtiere ohne Uebergang auf die Weide, so ruft das einseitige Grünfütter leicht Durstfälle hervor. Man spricht dann von der „Grasleuchte“. Gutes Heu, Stroh und Trodenstängel verhüten bzw. mildern diese Verdauungsstörung. — Das Weidefieber tritt gern bei frischmilchenden oder viel Milch spendenden oder unterernährten Kühen auf. Die Tiere fröheln dann und können schließlich zusammenbrechen. Solche Patienten gehören sofort wieder in den Stall und werden später nur mit großer Vorsicht an den Weidegang gewöhnt.

*

Von tierischen Schädlingsen beim Weiden sind Leberegel und Dasselfliege zu erwähnen. Ersterer ruft starke Abzehrung hervor. Man entwässere und talle solche verlumpte Weiden. Dasselbeulen befreit man mit Kollodium oder Teer. Am sichersten bleiben die Kinder während der Schwärmzeit im Stall. Wer auf Klee schlägen weiden lässt, denke daran, daß junger Klee gern zu Koll führt. Das letzte Mittel, den Parasiten, führt am besten der Tierarzt aus, ebenso zögere man nicht lange, wenn Glasplitter oder Drahtstücke die Magenwand durchstoßen haben. Inso. — sch.

Das Gewicht der Kälber.

(Nachdruck verboten.)

Das Geburtsgewicht der Kälber ist in mehrfacher Beziehung für den züchterischen Erfolg bedeutsam. Je kräftiger die Tiere bereits bei der Geburt sind, desto günstiger wird ihre ganze Entwicklung verlaufen und geringer ihre Anfälligkeit für Krankheiten sein. Daneben ist die Verwertung für den Verkauf natürlich einträglich, je schwerer das Kalb ist, da der Geldwert mit dem Gewicht steigt. Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, daß das Geburtsgewicht der Kälber in erster Reihe von der Größe und Gesundheit der Kuh abhängt. Daneben spielen aber auch erbliche Unterschiede eine Rolle; gleich große Kühe können bei gleicher Fütterung verschiedene große Kälber bringen. Die Auswahl hat hierauf Rücksicht zu nehmen.

Im Durchschnitt läßt sich bei guten schwarzbunten Niederungsrassen mit einem Geburtsgewicht der Kälber von 7 % des Muttergewichtes rechnen. Unter 35 kg soll in einer gut geleiteten Wirtschaft das Geburtsgewicht nicht sinken und geringere Kälber sollen im allgemeinen nicht aufgezogen werden. Bekannt ist der Umstand, daß Erstlingskälber geringer entwickelt sind als die späteren. Ähnlich wie bei der Milchleistung der Kühe nimmt das Geburtsgewicht der Kälber bis zum fünften Kalbe zu und sinkt bei den folgenden Geburten wieder, so daß es auch aus diesem Grunde nicht rentabel ist, Kühe länger als bis zu ihrem 8. Lebensjahre (etwa nach dem 5. oder 6. Kalbe) zu behalten. Dr. E. F.

Fortschritte im Koblrübenbau

(zwischen Vater und Sohn).

(Nachdruck verboten.)

Bekanntlich ist in niederlagsreicherer Gebieten der Anbau von Koblrüben beliebter als der von Runkeln. Denn das Verhalten der Runkelrüben fällt gerade in die Feuerzeit, während die Wurde (oder Koblrübe) später gepflanzt wird und noch mit Sandboden vorlieb nimmt, wenn es ihr nur an Nahrung nicht fehlt.

Der Vater pflanzte nun seine Koblrüben, wie er es gelernt hatte, hinter dem Pfluge in jede zweite Furche. Das Land mußte dann in rauher Furche liegen bleiben, was eine große Wasserzergewand bedeutete. Kam eine größere Trockenheit hinterher, so war dieses Verfahren auch unglücklich.

Der Sohn, der die landwirtschaftliche Fachschule besucht hatte, pflanzte im Winter Stallmist unter und später wurde nur noch geschält, gegart und gekaut. Dadurch bot der Acker stets die kleinste Oberfläche und an Feuchtigkeit wurde beträchtlich gespart. Außerdem war der Acker stets zum Pflanzan fertig.

Es wurden dann Striche gezogen (markiert) und mittelfst vieredigen Spatens die Pflanzen in die Erde gebracht. War es trocken, so wurde die oberste Krümelsschicht beiseite geschoben und nachher wieder an den alten Fleck gebracht. Tauchte man zudem die Wurzeln vorfichtshalber in einen Lehmteig, so wuchsen sie um so sicherer an. . . .

Zwar verzuricht die zweite Methode mehr Handarbeit als die erste, aber dafür ist sie sicherer und kann jederzeit begonnen und wieder unterbrochen werden. Daher bürgert sich das Pflanzen der Koblrübe (ähnlich wie im Kartoffelbau) immer mehr ein. Dipl.-Ldw. Li.

Bohnt der Anbau der Sonnenblume?

(Nachdruck verboten.)

Auf diese Frage kann jetzt schon erschöpfende Auskunft gegeben werden, liegen doch genügend Erfahrungen vor: Die Sonnenblume nützt vor

allem leichte Böden gut aus, da ihre Wurzeln bis 2 m tief in den Boden gehen. Sie bringt hier 30—50% höhere Erträge als der Mais. Das Saatgut ist zudem sehr billig, da 5—8 Pfund je ¼ ha genügen und 1 Pfund etwa 25 Pfg. kostet.

Nach Zottelwilde gerät der Anbau sehr gut, auch nach Wintergerste gibt es noch befriedigende Erträge. Man unterscheidet folgende Sorten:

1. die großfrüchtige, ruffische,
2. die Riesensonnenblume,
3. die niedrige,
4. die gewöhnliche.

Nr. 1 wird bis 4 m hoch, hat meist nur einen Stamm mit kurzen Seitenzweigen, 2 hat stärkere Blätter und dunkle Samen mit weißen Streifen, 3 ist die frühestreife Sorte mit etwas über 100 Tagen Wachstumszeit und schwarzen Samen, 4 hat eine verzweigte Krone und 10—20 cm breite Blütenblätter.

Das Einsäuen geschieht am besten zusammen mit Mais. Das neue Salzsäure-Verfahren ist hier nicht gut anwendbar, da doch geschädelt werden muß. Auf Sandboden ist der Anbau der Sonnenblume also sehr zu empfehlen.

Das Mutterkorn.

(Nachdr. verb.)

Durch die intensive Reinigung des Getreides, durch kulturelle Verbesserungen und dann auch durch züchterische Maßnahmen ist das Mutterkorn auf unseren Roggenfeldern mehr oder weniger verschwunden. Und doch stellt das Mutterkorn ein wichtiges Heilmittel in der Frauenheilkunde dar, das jederzeit von den Apotheken gekauft wird und daher wert ist, gesammelt zu werden. Vor dem Kriege hat man das Mutterkorn, diese dunkelblau-violett gefärbten, meist lang aus der Ähre heraus tretenden Körner, in verhältnismäßig großen Mengen aus Rußland bezogen. Seit der russischen Revolution gibt es weder an uns noch an andere Länder Mutterkorn ab. (Ein junger Elefant äußerte einmal zu mir, daß er nach Uebnahme seines väterlichen Gutes diesen Pilz regelrecht in Kultur nehmen wolle, da er damit mehr als mit seinem Roggen zu verdienen gedenke.)

Andererseits ist mutterkornhaltiges Mehl aber äußerst gesundheitsschädlich, da durch dessen Genuß die als Ergotismus convulsivus bekannte Vergiftung auftritt. Das Mutterkorn muß, wenn es verwertet werden soll, trocken aufbewahrt werden. Dr. Pl.

Wie spare ich Umfahsteuer? Dieferle der Landwirt bisher seine Milch an die Molkerei und nahm seinen Bedarf an Butter zum Marktpreis zurück, so war beides steuerpflichtig. Wird aber die Berechnung der Butter vom Milchpreis abhängig gemacht, so liegt nur ein Bearbeitungsvertrag vor, ähnlich wie bei der Umfahmüllerei. Rechnet man also 12 Liter Milch für ein Pfund Butter und 2 Liter Milch für die Herstellung der Butter, so sind 12 Liter Milch umfahsteuerfrei und nur die 2 Liter müssen als Wertlohn versteuert werden. Wohlgemerkt muß es sich um Butter für den Eigenverbrauch handeln und sie darf nicht nach einem bestimmten Marktpreis, sondern muß nach der Fettmenge berechnet sein. (Trotz dieser Einschränkung werden viele Landwirte hier sparen können.) jur.

Milch oder Fleischmilch für Fühner?

(Nachdruck verboten.)

Ein gewisser Prozentsatz von tierischem Eiweiß, etwa 10%, in der Eiweißfraktion ist bekanntlich für eine möglichst gedeihliche Entwicklung der Tiere und für ausreichende Legeleistungen unerlässlich. Es kommt aber darauf an, in welcher Form dieses tierische Eiweiß gegeben werden soll. Als Quellen stehen hauptsächlich Fleischabfälle und Mager- oder Buttermilch zur Verfügung. Die Milch hat sich, zumal sie in vielen Fällen als Neben-erzeugnis der eigenen Wirtschaft zur Verfügung steht, immer mehr als tierische Eiweißquelle durchgesetzt. Es fragt sich also, ob sie sich erheblich besser bewährt, als das Fleischmilch. In einem neuen Versuch wurde diese Frage an 10 Gruppen von je 20 bis 29 Kühen vom 25. Lebensstage an sieben Wochen hindurch geprüft. Die Kühengruppen, die tierisches Eiweiß nur in Form von Fleischabfällen erhalten hatten, zeigten deutliche Ernährungsstörungen; besonders machte sich Vitaminmangel bemerkbar. Diese Störung wurde erst nach Beigabe von Hefe behoben. Die Kühen mit alleiniger Fleischgabe und ohne Milch wiesen blasse Kämme und Schenkel auf, die mit Milch gefütterten Tiere waren normal. Damit ist bewiesen, daß der Magermilch bzw. Buttermilchgabe in der Kütenaufzucht eine sehr wichtige Rolle zukommt, das Fleischmilch ist nicht gleichwertig. Aber auch bei erwachsenen Legehühnern ist das Fleischmilch allein für befriedigende Legeleistungen und Schlupfergebnisse nicht ausreichend. Nur in Verbindung mit Luzernemehl oder Magermilch ließ sich die Schlupffähigkeit steigern. Dr. E. F.

Wie schwer sollen Legehühner sein?

(Nachdruck verboten.)

Die Vermehrung der Tiere ist ein Entwicklungsprozess; erst mit dem Abkühl des eigenen Körperwachstums kann auch beim Huhn eine befriedigende Legeleistung eintreten. Es ist zwar bekannt, daß das Junghuhn bereits vor völliger Beendigung seiner Organ-

ausbildung mit der Eierproduktion beginnt, die Folgen sind aber klar ersichtlich: erst mit voller Ausbildung der inneren Organe im zweiten Lebensjahr erreicht das Huhn seine volle Leistungsfähigkeit. Doch welches Gewicht ist beim Junghuhn am günstigsten für die Legeleistungen? Nach Untersuchungen an weißen Leghorns besteht eine deutliche Wechselbeziehung zwischen dem Gewicht der Jung- hennen im Frühjahr und dem ganzen Gelege. Eine Henne mit 1,8 bis 2 Kilogramm Gewicht im zweiten Lebensjahr läßt die größte Eierzahl erwarten, schwerere Tiere sind ungünstiger, obwohl sie höhere Herbst- und Winterleistungen aufweisen können. Schwankungen des Gewichts im ersten Jahre sind nicht so ungünstig zu beurteilen wie im zweiten Legejahr. Dr. E. F.

Die Hödergans.

(Mit Abb.)

(Nachdruck verboten.)

Diese Gänserasse kommt unter den verschiedenen Namen vor. Darunter dürfte die Bezeichnung „Schwanengans“ am treffendsten sein, weil diese Rasse den Uebergang von der Gans zum Schwan vermittelt. Nicht nur in dem Höderhals, sondern auch durch den längeren, vor allem gebogenen und dünnen, kurz schwanenmäßigen Hals. Auch in Körperbau und -haltung besteht viel Gemeinsames. Die Stammfarbe ist ein Graubraun mit weißlichem Federanflug, eine Zeichnungsart, wie wir sie sonst nicht kennen. Dann gibt es geschedte und schließlich reinweiße Gänse, die letzteren die eigentlichen



Schwanengänse mit blauen Augen, apfelförmigem Schnabel und Höder und kräftig rotgelben Füßen.

Die Hödergans ist vor allem aber auch eine sehr gute Nahrungsgans. Sie beginnt oft schon vor Weihnachten, ja schon im November, mit dem Legen. Wenn man die Eier fortnimmt, dann kann man auf 40—50, ja 60 Eier bei einer Gans kommen. Das ist für den, der viele Junggänse für den Tisch aufziehen will, eine beachtliche Eigenschaft. Dabei sind die Jungen recht frohwüchsig und leicht aufzuziehen. Eine solche Gans erreicht dann ohne jede Mast bis zum November ein Gewicht von 8 Pfund. Dabei ist das Fleisch feinfaseriger als das unserer schwereren Gänse, schlage, der Fettanflug ganz gering, der Knochenbau sehr leicht, also die rechte „Bratgans“. Diese Eigenschaften waren der Anstoß, daß man diese Gänserasse zur Einkreuzung in die Landgänse benutzte. Die Legetätigkeit wird im günstigsten Sinne beeinflusst und der Braten gewinnt an Qualität des Fleisches. — Diese Rasse ist aber gegenüber den anderen Geflügelarten etwas unverträglich, das soll nicht verschwiegen werden. Auch der trompetenartige Ruf des Ganters dürfte manchem Menschen nicht angenehm sein. Aber trotzdem kann man diese Gänserasse nur empfehlen, und zwar vor allem in ihrem weißen Farbenschlage. W. W.

Arbeiten des Wassergeflügelzüchters im Juli.

(Nachdruck verboten.)

Der betrüblichen Tatsache, daß die Gänsezucht mehr und mehr zurückgeht, ist kaum mit Erfolg zu begegnen; denn einerseits verschwinden bei der intensiven Ackerwirtschaft die Hutungen mehr und mehr, andererseits werden die Gänse vom Hochsommer an aus dem Auslande so billig eingeführt, wie sie hierzulande gar nicht zu erzeugen sind. Daher darf ihre Aufzucht bei uns nur wenig Kosten verursachen. Hinaus mit ihnen auf den Acker, auf die Hutung. Dort darf es ihnen aber nie an Saufwasser fehlen. Kommen die Gänse abends nach Hause, so ist ihnen noch angequellter Safer zu reichen. Haben sie Gelegenheit, auf die Stoppelfelder zu gehen, so ist meistens diese Abendfütterung wenig-

stens eine Zeitlang überflüssig. Zur Fortzucht sind solche Jungtiere auszuwählen, die von Müttern abstammen, welche zweimal gelegt und gebrütet haben. — Die Züchter machen jetzt im Juli eine Pause. Sie sind daher ganz knapp im Futter zu halten. Diejenigen von ihnen aber, die nun, weil sie drei Jahre oder älter sind, ausgeübt haben, können vor dem Schlachten noch zwei bis drei Wochen gemästet werden mit gut zerkautem, gekochten Kartoffeln, die mit Gersten- und Maisschrot vermengt sind. Daneben aibt es ab und zu Safer oder Mais, am besten angequell.

Paul Hohmann-Zerbst.

Arbeiten des Taubenzüchters im Juli.

(Nachdruck verboten.)

Unter den jungen Tauben, die ausgeflogen sind, ist wiederholt scharfe Musterung zu halten; auch Tiere mit nur kleinen Rasse- bzw. Schönheitsfehlern müssen beiseite gelassen werden; nur mit den besten Tieren ist hinfert weiterzuzüchten, wollen die Züchter zurecht kommen. Bei denjenigen Zuchttauben, die in beengten Räumen gehalten werden, macht sich leicht eine gewisse Käfigigkeit im Füttern ihrer Jungen bemerkbar. Im Gegensatz hierzu bringen die in der Landwirtschaft gehaltenen Tauben im Juli recht kräftige, mindestens wohlgenährte Nachzucht, weil draußen auf den Weiden- bzw. Stoppelfeldern der Tisch überreich gedeckt ist. Zum üppigen Gebeihen der Jungtauben trägt es jedoch auch in den landwirtschaftlichen Vertrieben viel bei, wenn auf dem Schläge immer eine flache Schale oder ein Kistchen mit Garnelen steht. An Diphtherie erkrankene junge Tauben dürfen nicht achlos auf den Dunghäusen geworfen werden, weil sie so zur Verbreitung dieser Krankheit beitragen. Sie sind vielmehr tief zu vergraben, noch besser gleich zu verbrennen. Handelt es sich auf dem Schläge um einzelne an Diphtherie erkrankte Junge, so sind sie tagsüber dreimal mit Zitronensaft zu pinseln. Paul Hohmann-Zerbst.

Eigentumsansprüche an Bienenwärmern nach dem bürgerlichen Gesetzbuch.

§ 958. Wer eine herrenlose bewegliche Sache in Eigenbesitz nimmt, erwirbt das Eigentum an der Sache. Das Eigentum wird nicht erworben, wenn die Aneignung gesetzlich verboten ist oder wenn durch die Besitzergreifung das Aneignungsrecht eines anderen verlegt wird.

§ 961. Zieht ein Bienenwärm aus, so wird er herrenlos, wenn nicht der Eigentümer ihn unverzüglich verfolgt oder wenn er die Verfolgung aufgibt.

§ 962. Der Eigentümer eines Bienenwärmes darf bei der Verfolgung fremde Grundstücke betreten, Zäune überklettern, Leitern anlegen usw. Ist der Wärm in eine fremde, nicht besetzte Bienenwohnung eingezogen, so darf der Eigentümer des Wärmes zum Zwecke des Einfangens die Wohnung öffnen und die Waben herausnehmen oder herausbrechen. Er hat den entstehenden Schaden zu ersetzen.

§ 963. Vereinigten sich ausgezogene Bienenwärmere mehrerer Eigentümer, so werden die Eigentümer, welche ihre Wärmere verfolgt haben, Miteigentümer des eingezogenen Gesamtwarms; die Anteile bestimmen sich nach der Zahl der verfolgten Wärmere.

§ 964. Ist ein Bienenwärm in eine fremde, besetzte Beute eingezogen, so erstreckt sich das Eigentum und die sonstigen Rechte an den Bienen, mit denen die Wohnung besetzt war, auf den eingezogenen Wärm. Das Eigentum und die sonstigen Rechte an dem eingezogenen Wärmere erlöschen.

Algen in Fischteichen.

(Nachdruck verboten.)

In vielen Teichen treten zu gewissen Zeiten die Algen zahlreich auf. Ihr Vorkommen deutet darauf hin, daß das Wasser in solchen Teichen von hervorragender Güte für die Fischzucht ist. Dem Fischbestande können die Algen aber gefährlich werden bei anhaltender Schwüle oder bei Gewittern. Infolge des Sauerstoffmangels sterben die Algen dann plötzlich ab, so dem sauerstoffarmen Wasser ein weiteres Teil des toxischen Stoffes nehmend. An sich sind also die Algen nicht schädlich, wenigstens den großen Fischen nicht, wohl aber kann sich unbeholfene Brut in ihrem feinen Gewirre verstricken.

Ein Radikalmittel zur Bekämpfung der Algen kennen wir bis heute nicht; es bleibt nichts anderes übrig, als die Wärmere mittels engmaschigem Rechen aus dem Teich herauszuschaffen. Haben die Teiche Durchfluß, so bringt man vor den Mündchen schwimmende Balken mit nach unten hängenden Zinken an, um so die Algen aufzuhalten, damit sie nicht die Abflußvorrichtung verstopfen. An sich sind die Algen winzige, dem Auge nicht wahrnehmbare Gebilde, und erst wenn sie sich zu Kolonien zusammenschließen, werden sie sichtbar. Beim Herausheben der Balken dürfen diese nicht auf dem Teichrand liegen bleiben, damit sie nicht etwa bei Regenfällen wieder in das Wasser gelangen. Die Algen können bei der Kompostbereitung Verwendung finden; nach einem Jahre stellen sie, mit Kalk vermengt und ab und an umgepöckelt, einen guten Mistdünger dar. Wilhelm Doole.

Brühl und Umgebung

Brühl, 26. Juli.

Reichsjugendwettkämpfe in Brühl

Gestern fanden die Reichsjugendwettkämpfe der Brühler Knabenvolkschulen statt. Es beteiligten sich 256 Schüler, daran. Die Übungen bestanden aus Laufen, Werfen und Springen. Die Leistungen sind zum Teil sehr gut ausgefallen. Während der Berechnungsausschuss die Gesamtergebnisse feststellte, spielte die 1. Mannschaft der St. Franziskus-Schule gegen die 1. Mannschaft der Clemens-August-Schule Fußball. Das Spiel fiel 1:0 zugunsten der Clemens-August-Schule aus. Dann folgte die Siegerverlesung. 50 Schüler konnten mit einem Ehrenkranz ausgezeichnet werden. Wet nun die höchste Punktzahl erreichte, bekam eine Ehrenurkunde vom Reichspräsidenten. Sieger sind: Max Krips von der St. Franziskus-Schule mit 78 Punkten, Fritz Bart von der Clemens-August-Schule mit 76 Punkten und Matthias Hermes ebenfalls von der Clemens-August-Schule mit 69 Punkten. Nun hielt Hauptlehrer Weidel eine Ansprache. Die Feier endigte mit dem Deutschland-Lied.

... Auszeichnungen bei der Freiwilligen Sanitätskolonne Brühl. Der Bürgermeister überreichte den Sanitätsleitern Heinrich Neusch für 25-jährige und Johann Kleiß für 10-jährige Mitgliedschaft das Ehrenzeichen mit einem Anerkennungsdiplom des Landrates.

... Rentenbezieher. Die Militärrenten werden am Freitag, 29. Juli, und die Invalidenrenten am Montag, 1. Aug. am hiesigen Postamt von 8 bis 12 Uhr ausbezahlt.

(X) Zur Befestigung der Baumschulen J. Zabelberg hatten sich am Samstag Abend eine größere Zahl Mitglieder des RNV in der Gärtnerei an der Kaiserstraße eingefunden. Herr Theo Zabelberg, der die Einladung ergaben ließ, übernahm auch die Führung. Die ausgedehnten, über 100 Morgen umfassenden Kulturen festelten die Teilnehmer durch die Reichhaltigkeit des Pflanzensmaterials. Zuerst ging es durch die Kulturen in Bochum (etwa 75 000 Obstbäume). Hier wurde das Beseitigen (Dulieren) der Busch- und Stammrosen gezeigt; dann die Entwicklung des Obstbaumes vom Wildling bis zum verkaufsfähigen, tragfertigen Baum an den einzelnen Jahrgängen erklärt. Nach einem kurzen Überblick über die Geschäftsentwicklung und die heutige Zusammenfassung erfolgte ein Rundgang durch die Kulturen der Kaiserstraße. Besonders Interesse erregten die rationell angelegten Obstanlagen der Kesselfabrik, deren Rentabilität noch durch die verschiedensten Unterkulturen erhöht wird. Außerdem erhielt diese Baumschule Apfel- und Birnbäume aller Art, Koniferen von gewöhnlichen Tannen bis zu den wertvollsten dendrologischen Seltsamkeiten. — An der Pingsdorferstraße überraschte der Clou der jetzigen Jahreszeit, nämlich das Blütenmeer

Schriftliche Jugend

Vergeht nicht die große Kundgebung, die für Euch morgen Mittwoch abends 8 Uhr im Josephshaus abgehalten wird.

Keiner von Euch darf fehlen!
Das Vaterland ist bedroht!
Der letzte Augenblick zu seiner Rettung ist gekommen!
Besinnt Euch nicht lange und zögert nicht!
Kommt in Massen! Es ist sehr wichtig!

Schriftliche Jugend

von Brühl und Umgebung!

Zieht mit uns in den Kampf
Zum Schutz der Religion und der Freiheit!
Zum Schutz der Ruhe und der Ordnung!
Zum Schutz der Sozialgesetzgebung und der Wohlfahrtsrichtungen.

Erscheint vollzählig in unserer

Jugend-Kundgebung

Redner: Geschäftsführer Schre, Köln.
Windthorstbund Brühl.

!!! Zentrumsversammlung. Am Samstag, den 30. Juli, nachmittags 8 Uhr, spricht Jöbs in einer Zentrumsversammlung im Belvedere. Alle Mitglieder, Freunde und Gönner der Zentrumsparität werden schon heute gebeten, sich für Samstagabend zum Besuche dieser Versammlung freizumachen.

... Der bayrische Ministerpräsident Dr. Held spricht morgen Mittwoch abends 8 Uhr in der Rheinlandhalle in Köln. Einlass 6 1/2 Uhr, ab 7 Uhr ist Konzert. Einlasskarten sind zu haben im Parteisekretariat, Rubensstr. 11, im Bachemhaus und in allen Geschäftsstellen des Lokalanzeigers.

der mehr als 100 000 Rosensträucher und Stämme. Außerdem standen hier über 150 000 aller erdenklichen Biersäcker, für den Natur- und Pflanzenliebhaber eine Quelle unerschöpflichen Trostes, für das Auge des Beschauers eine wahre Freude. Besondere Aufmerksamkeit erregten die von Früchten strotzenden Kirchtürme. — Infolge des einsetzenden Regens konnte der letzte Teil, ein an der Wöhl liegendes Obstquartier mit etwa 15 000 Obstbäumen, nicht mehr besucht werden. — Nachdem Herrn Zabelberg der Dank der hochbefriedigten Besucher ausgesprochen war, verließen dieselben den Gastgeber, alle mit einem schönen Rosenstrauch zum Andenken.

!! Die Deutsche Volkspartei ruft zu einer Wahlversammlung morgen Mittwoch abends 8 1/2 Uhr in der Schloßbrauerei auf. Es spricht Dr. Schmidt-Gummersbach über: Die neue Reichsregierung und die Deutsche Volkspartei.

... Eine Erneuerung bei der Köln-Bonner. Ab 1. August soll bei den Köln-Bonner Eisenbahnen eine einschneidende Aenderung geschaffen werden und zwar soll es dann Monats-, Teilmonats- und Schülerkarten geben, die für alle Eil- und Personenzüge zwischen Köln und Bonn auf beiden Strecken — also sowohl auf der Vorgebirgsbahn als auch auf der Rheinuferbahn — gelten. Nähere Auskünfte erteilen die Fahrkarten-Ausgabestellen.

§ Schwadorf: Der Kameradschaftliche Kriegerverein beging Sonntag und Montag sein diesjähriges Stiftungsfest. Es wurde eingeleitet mit einem Gottesdienst für die lebenden und verstorbenen Mitglieder. Hieran schloß sich ein gemütliches Zusammensein an. Am Nachmittag fand der Abmarsch zur Festwiese statt. Hier begrüßte der Vorsitzende Gottfried Schuster die Kameraden, sowie die auswärtigen und Ortsvereine in herzlichen Worten. Dann nahm der Festzettel seinen Anfang bis zur Dunkelheit, wo das Schießen eingestellt werden mußte. Der zweite Festtag begann am Nachmittag mit einer Kinderbelustigung. Dann der Stiftungen der hiesigen Ortsvereine und der Einwohnergesellschaft war es dem Verein gelungen, diese besonders fröhlich und zufriedenstellend für alle zu gestalten. Unter der dankenswerten Mitwirkung der Lehrpersonen und des Elternbeirats konnten der Jugend recht fröhliche Stunden geboten werden, die selbst auch bei den Erwachsenen noch lange in angenehmer Erinnerung blieben. Um 4 Uhr begann dann das Königs- und Bürgervogelschießen. Die Preise auf den Bürgervogel errangen: Kopf Johann Over, rechter, linker Flügel und Schwanz Fr. Zimmermann, Rumpf durch Vandigierung Fr. Agnes Feh, Frau Cl. Bremer und Peter Mager. Die Preise auf Königsvogel entfielen: Kopf Franz Mahlbeg, rechter Flügel Frz. Reht, linker Flügel Cl. Spirt. Den Königschuß gab das Mitglied Jakob Billig unter allgemeinem Jubel ab. In einer trefflichen Ansprache feierte der bisherige König Volkstier die neue Majestät. Dann ging es zum Lokale Giesen, wo noch ein munterer Ball die Kameraden mit ihren Angehörigen in freudiger Stimmung verjammelt hielt.

Erwerbslosen-Unterstützung

nach der Notverordnung vom 14. Juni 1932.

Die letzte Notverordnung bringt eine wesentliche Herabsetzung der Unterstützungssätze für alle Erwerbslose, besonders aber, da eine Staffelung nach Orten und Ortsklassen stattfindet, die man bisher nicht kannte, für die Erwerbslosen in ländlichen Gemeinden unter 10 000 Einwohnern.

Nach der Notverordnung erhält der Erwerbslose, der für die ersten 36 Tage versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung erhalten hat, weitere Unterstützung nur, soweit er hilfsbedürftig ist. Die Gemeinden sind verpflichtet, die Hilfsbedürftigkeit nach den Richtlinien des Bezirksfürsorgeverbandes zu prüfen. Liegt die Arbeitslosen- oder Kriegenunterstützung — und dieses ist in 99 von 100 Fällen der Fall — unter der Wohl-

fahrtsunterstützung, so gewährt das Arbeitsamt den niedrigeren Satz gemäß den Wohnklassen; ist die Arbeitslosen- oder Kriegenunterstützung jedoch höher als die Wohlfahrtsunterstützung — dies kommt in 1 von 100 Fällen vor — so muß das Arbeitsamt die Unterstützung bis zum Wohlfahrtsunterstützungssatz herabsetzen. Auf der einen Seite zieht man dem Erwerbslosen, der einen höheren Anspruch hat, die Unterstützung bis zum Wohlfahrtsatz ab, gibt aber demjenigen, der mit seiner Arbeitslosen- oder Kriegenunterstützung nicht an den Wohlfahrtsatz kommt, nicht den Unterschiedsbetrag. Ob die Gemeinden in der Lage sind, die geringe Arbeitslosen- bzw. Kriegenunterstützung bis zu den Wohlfahrtsätzen aufzufüllen, erscheint mehr als fraglich, da das Reich bezw. der Staat auf der einen Seite den Gemeinden immer mehr Lasten aufbürdet, aber auf der anderen Seite nicht genügend Mittel zur Verfügung stellt. Es ist unverständlich, daß durch die letzte Notverordnung, die Arbeitslosen- bzw. Kriegenunterstützung unter die Wohlfahrtsunterstützungssätze herabgedrückt wurde, da doch letztere zur Bestreitung des Lebensunterhalts unbedingt notwendig sein soll.

Die Wohlfahrtsunterstützung, die insofern dauernder Beträge kaum zum notwendigen reicht, ist also noch höher als die Arbeitslosen- bzw. Kriegenunterstützung, obwohl die Erwerbslosen durch Beitragsentrichtung einen gewissen Anspruch auf Unterstützung erworben haben. Außerdem macht man die Unterstützungsgewährung nach 36 Tagen von der Prüfung der Bedürftigkeit durch die Gemeinden abhängig. — Praktisch ist es doch so, daß die Gemeinde bei der Bedürftigkeitsprüfung sich nach den höheren Wohlfahrtsätzen richten muß und auch die als unbedingt zum Lebensunterhalt notwendig in Vorschlag bringt. Das Arbeitsamt aber ist durch die letzte Notverordnung gezwungen, geringere Sätze zu zahlen. Es darf die Wohlfahrtsätze nicht über — wohl aber untersteigen. Es ist leicht möglich, daß sich die Verärgerung der Betroffenen gegen eine unrichtige Stelle wendet, die doch letzten Endes an die Bestimmungen der Notverordnung gebunden ist. Die Auswirkung in der Staffelung der Sätze scheint bei Wahrung der Notverordnung nicht genügend beachtet worden zu sein, weshalb eine baldige Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse recht wünschenswert wäre.

Briefkasten.

Auskünfte unter dieser Rubrik werden nur Beiliegern der B. Z. erteilt und sind unentgeltlich. Anfragen sind nur schriftlich unter Nennung des Namens und Bezeichnung der Zeitung einzureichen. Anfragen durch Fernsprecher können nicht beantwortet werden.

H. L. Wenn Sie eine Sommerurlaubskarte lösen, können Sie einen beschleunigten Personenzug benutzen. Die Ermäßigung beträgt 20 Prozent. Wenn Sie einen Schnellzug oder Eilzug benutzen, müssen Sie den tarifmäßigen Zuschlag in voller Höhe entrichten.

Verantwortlich: Peter Becker, Brühl.
Rotationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“
Buchdruckerei P. Becker GmbH, Brühl.

DEUTSCHE VOLKSPARTEI

Ortsgruppe Brühl-Stadt und -Land

Oeffentl. Versammlung

Mittwoch, den 27. Juli 1932 abends 8.30 Uhr
Gartensaal Schloßbrauerei, Brühl

Redner: Dr. Schmidt, Gummersbach.

Die neue Reichsregierung u. die Deutsche Volkspartei

WÄHLT LISTE 6

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Der Schlosser Max Clever zu Brühl hat sein Amt als Stadtvorordneter niedergelegt.

Nach § 8 des Gemeinde-Wahl-Gesetzes vom 9. 4. 1924 pp. tritt an dessen Stelle der von der Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlages der kommunistischen Partei Deutschlands vom 30. Oktober 1930 benannte Bauarbeiter Fritzrich Vis zu Brühl, Mühlenstraße 80d.

Es wird daher festgesetzt, daß Vis als Ersatzmann zu berufen ist.
Gemäß der §§ 8 und 9 des vorgenannten Gesetzes kann jeder Wahlberechtigte gegen die Gültigkeit der Festsetzung binnen zwei Wochen nach der Bekanntmachung bei dem unterzeichneten Gemeindevorstand Einspruch zu erheben.

Brühl, den 25. Juli 1932.

Der Bürgermeister
Freericks

Halbtagsmädchen

sofort gesucht.
Angebote unt. B 7 400 an die Geschäftsstelle.

Durchaus selbständ.
Gärtner
sucht Stelle.

Auskunft: Bonnstr. 20.
Prima
Plüschsofa
neu, billig zu verkaufen.
Su. erfr. i. d. Gesch. 777.

7 Bienenstöcke

mit Kästen billig zu verk.
Westf. Brot- und
Wursthaus, Brühl
Uhlenstraße 74.

Prima frische Ia
Eifeler Landbutter
Bd. RM 1.20
Garantiert tagesfrische
Eifeler Eier
10 Stück 80 Pfg.

Fr. Keller,
Mühlenstraße 7



Maab-Schuhe

24.- bis 28.- Mark.

Garantie für taubelosen
Sitz und Paßform.
fertig an:

Gehr. Hambücken,
Brühl, Mühlenstraße 7
Schuhmachermeister.

10 Pfälzchen

verfärbt, Weltmarke,
mit kleinen Schönheitsfehlern, ganz bedeutend im Preise herabgesetzt.
Wochenrate 2.—
Bei Barzahlung hoher Rabatt. Offerten unt. B 11 401 an die Geschäftsstelle.

Gute Auswahl deutscher
gepflegter

Hart- und
Weichhölzer.

Einfuhr billiger,
Auslands-Hölzer.
Wilh. Streck, Bonn.

Jugend-Kundgebung

In Brühl

Hierdurch wird die christliche Jugend von Brühl und Umgegend, Jungmänner wie Jungfrauen, zu einer
am Mittwoch, den 27. Juli 32
im „St. Josephshaus“ Mühlenstraße
stattfindenden

JUGENDKUNDEBUNG

freundlichst eingeladen — Wir beginnen um 8 Uhr

PROGRAMMFOLGE:

1. Eröffnungsmarsch.
2. Gemeinschaftliches Lied: „Und wenn wir marschieren“.
3. Begrüßungsansprache.
4. „Christliche Jugend im politischen Kampf“ Referat des Herrn Geschäftsführers Syré, Köln.
5. Gemeinschaftliches Lied: „Wann wir schreiten“.
6. Schlußwort.
7. Deutschlandlied.

Wir richten an alle jungen Menschen, die für Christentum, Freiheit, Ruhe und soziale Gesellschaftsordnung eintreten und kämpfen wollen, die dringende Bitte, sich an dieser Kundgebung zu beteiligen. Heraus aus dem Schmollwinkel, schließt die Reihen, es ist fünf Minuten vor Zwölf!

Das Vaterland ist in Gefahr!

Windthorstbund Brühl.

Noch nie
so billig
als jetzt

Schlafzimmer in echt Eiche mit Innenspiegel mit Patentrahmen u. Schonerdecken RM 375
Küchen in caroline pine kompl. 130, 175 RM
Einzelmöbel wie Ledersofa
prima Arbeit 45 RM
Küchentische 23 RM. Metallbetten 14 RM
Chaiselongues, Divandecken, Klubsessel,
Rauchtische usw.
nur im

Möbel
Zirkus
Brühl

Büro Räume

zu vermieten.

Beitrag bei d. Exped. 772.

3 Zimmer

2. Etage, zu vermieten.

Uhlenstraße 75.

3 Zimmerwohnung

Kölnstr., bestmiete 25.—

Wt. sofort zu vermieten.

Ausk. bei: E. Herzog,
Steuerberater,
Brühl, Gartenstr. 6.

Unterhaus

3 schöne Zimmer und Küche, Waschküche, nur an ruh. bessere Leute sichere Mietzahler zu vermieten.

Uhlenstraße 127.

2 Zimmer u. Küche

in ruhigem Hause sofort gesucht.
Off. u. S 1235 a. d. Gesch.

Jedem, der an
Rheumatismus,
Ischias oder Gicht
leidet, teile ich gern
kostenlos mit, was
meine Frau schnell u.
billig kurierte. 15 Pf.
Küchenherd
Müller, Oberkaser-
straße 18, Dresden 18
Walpurgisstr. 9 18

2-3 Zimmer

entw. mit kleinem Baden-
lokal zu mieten gesucht.

Neff, Schützenstr. 15.

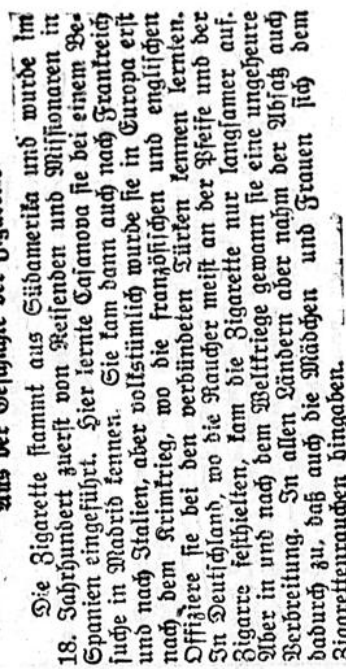
Schneidermeister

zur Anfert. eines Maß-Anz.
geg. 10. Monatslohn v.
20.— sofort gesucht.

Off. u. S 1235 a. d. Gesch.

an die Geschäftsstelle.

ämpfung de
 ht; es bleib
 Ballen ver
 es dem Tei
 he Durchflu
 schwimmend
 n Sinken an
 amit sie nid
 An sich fin
 ht wahrneh
 sich zu Rol
 n sie sichba
 dürfen die
 blieben, dam
 wieder in da
 ninnen bei d
 finden; na
 dalf vermie
 einen aut
 helm Dovie.



Stückchen, deren Flamen weit in der Welt einen guten Klang haben. Sn Deutschland ist niefach die Anfiht verbreitet, daß der Roßmeiwein vom Jahre 1653 im Bremer Statifter der ältefte fei, aber es ift fraglich, ob davon überhaupt noch ein Tropfen vorhanden ift. Freilich, heißt aber, daß es noch Hochheimer aus dem Jahre 1706 gibt, und Kößproben haben erwiefen, daß er noch fehr gut munden nach mehr als 200 Jahren, ebenfo auch die Safrangne 1773, 1783 und 1806. Sn gleicher Weife ift der Steinberg von 1811 noch fernig und fäftig, und von dem 1822er wird fogar gerühmt, daß er fein, edel und groß fei. Es heißt feß, daß ein hundertjähriges Weinden noch immer fehr feines Altere hohen Gehalt beßigen farn und bei ihm kaum eine Abnahme des Bouquet's zu bemerken ift. S. 2.

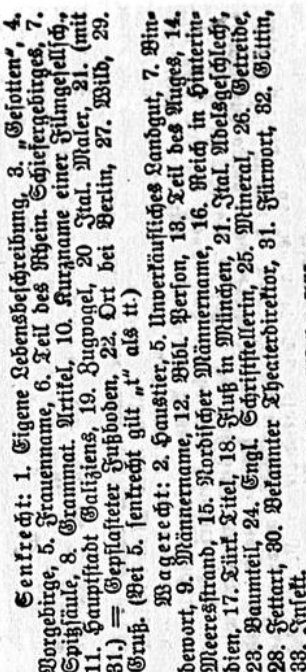
Roman aus dem Englischen von M. Fischer - -

2.

„Und dennoch, Lucie, werde ich nie die Hoffnung aufgeben, Ihre Siehe zu gewinnen. Sie wissen es nicht, was Sie aus-

Der Strom wurde lange Zeit nach allen Richtungen hin durchgelaugt. Und endlich eines Tages fand man in einer Entfernung von einigen Meilen den kleinen Körper eines Kindes. Das kleine Geschöpf war schon zur Unkenntlichkeit entleert. Man erkannte es jedoch an der reich gefärbten Färbung und welche es gefühlt war, als die kleine, verschundene schöne Bunte. Sie ließ nicht ihr entstelltes Gesichtchen, denn als sie aus dem Gewässer emporstieg, lag das Kind bereits seit Wochen in der Familie. Die Mutter lebte, dem Mutter-
Sonne

Kreuzworträtsel.



Silberseifensapfing.
 1. Perlenholzsapf. 2. Seifensapf. 8. Zauber. 4. Cinnäb. 5. Weidenapf. 6. Harbucisapf. 7. Zilbsapf. 8. Trianb. 9. Rillenroos. 10. Kofing. 11. Thruß. 12. Strohbaum. 13. Geere. 14. Cabob. 15. Goba. 16. Tiana. 17. Schweißbaum. 18. Baffer. 19. Einfirn. 20. Nardit. 21. Sena. 22. Agur. 23. Gernu. — Peter Paul Rubens (geb. am 20. 6. 1577), „Löwenjagd“, „Kreuzabnahme“, „Guernina“.

Frederikher Schenkman. nachts Dieb.

Ueber einen merkwürdigen Fall von Arbeitsleistung hatte das Schwurgericht von Swanika zu entscheiden. Angeklagt war ein Mann, der in einer dunklen Gasse auf früherer Zeit ertappt worden war, als er dem Kassierer des Bahnhofs von Carlsitz anfanterte, ihm zu bezahlen. Auf der Polizeiwache stellte sich zur allgemeinen Verhüttung heraus, daß der Beklagte ein eintägiger Arbeiter war, der seit sieben Jahren gewissenhaft keine Strafe empfangen hatte. Während er tagelänger in der Haft gegen das Gesetz bestraft wurde, verging er sich in der Nacht gegen das selbe Gesetz. Bei der Verhandlung wurde festgestellt, daß viele Missethäter, die in den letzten Jahren in seinem Bezirk angeschlossen worden und unentgeltlich geblieben waren, sein Wert waren. Mehr als einmal war er selbst mit der Unterbringung betraut worden, die ihn vor der Entlassung stellte, sich selbst als ein Dieb festzunehmen oder als ein Dieb die Augen auszubringen. Dafür war er aber von unermüdlichem Fleiß und betätigte einen ungewöhnlichen Schachteln, wenn es sich darum handelte, anderen Gaunern auf die Spur zu kommen, was ihm um so leichter fiel, als er bei jeder Diebstahlsfahrt niemals Gefährte hatte. Im dem Prozeß war er vollständig und nahm die Strafe von 10 Jahren Gefängnis an.

